

Bildungsgerechtigkeit – eine Illusion?

23. März 2015 – Arbeiterkammer Wien

Die Veranstaltung ist dem ehemaligen Direktor der Pädagogischen Akademie in Wien und Bildungssoziologen **Norbert Kutalek** gewidmet. In ihren Begrüßungsworten verweist **Melitta Aschauer-Nagl** von der AK Wien darauf, dass Bildungsgerechtigkeit nicht ohne Gerechtigkeit in der Gesellschaft möglich sei. SC **Kurt Nekula** vom BMBF spricht das Überwinden sozialer Barrieren durch Bildung an. In Österreich werde Bildung zu stark vererbt, die Risikogruppe sei zu groß, die Spitzengruppe zu klein.

In einem von **Gabriele Stöger** moderierten Zwiegespräch diskutieren **Anton Dobart**, ehemaliger SC im Bildungsministerium und **Walter Stach** über Norbert Kutaleks Ideen und Vorstellungen. Beide sehen in ihm die Person, die maßgeblich zur Etablierung der Politischen Bildung beigetragen hat. Darüber hinaus war ihm die Berufsschule ein Anliegen. Als Wissenschaftler befasste er sich mit der Frage Allgemeinbildung versus Berufsbildung oder den unterschiedlichen Zugängen der Menschen zu Bildungsprozessen. Kutalek merkte einmal bedauernd an, dass die Wissenschaft im politischen Diskurs keine Rolle spiele. **Stach** übt Kritik an den heutigen Lehrplänen, **Dobart** betont, dass heute Fragen „wie gehen wir mit Heterogenität um“, „wie beeinflussen die neuen Technologien unser Leben“ besonders wichtig geworden seien.

Im Anschluss wird ein **Video** gezeigt wo Jugendliche ihre Ideen zum Bildungsthema darlegen¹.

In zwei **Foren** werden die Themen „Allgemeinbildung – Berufsbildung“ und „Gesellschaftlicher Wandel – Emanzipation“ behandelt.

Laut **Eva Blimlinger**, Rektorin der Akademie der Bildenden Künste, komme der Begriff Bildung im Universitätsgesetz nur in der Präambel vor, auch der Begriff Allgemeinbildung spiele dort eine untergeordnete Rolle. Je enger ein Berufsfeld definiert sei, desto weniger Anteil habe die Allgemeinbildung. Schulabschlüsse verlieren zunehmend an Bedeutung, da die tertiären Einrichtungen immer öfter Zulassungs- und Aufnahmsprüfungen verlangen.

Lorenz Lassnig vom Institut für höhere Studien, erläutert an Hand der PIAAC Ergebnisse, dass die Ungerechtigkeit im österreichischen Schulwesen geringer sei als aufgrund der Struktur zu erwarten wäre. Das österreichische System habe in der Gesamtwirkung eher kompensatorische und egalitäre Wirkungen als elitäre. Berufsbildung wirke kompensatorisch und verstärke nicht die Ungerechtigkeit, Allgemeinbildung und tertiäre Ausbildung seien kein klarer Lösungsweg zur Beseitigung von Ungerechtigkeit. Der ausgeprägten Bildungsungleichheit stehe eine vergleichsweise geringe gesellschaftliche Ungleichheit gegenüber.

Im zweiten Forum berichten **Barbara Blaha** und **Kenan Güngör** von ihrer Kindheit und Jugend bzw. ihrem Werdegang bis heute.

Barbara Blaha wurde 1983 als zweites von sieben Kindern in eine Arbeiterfamilie geboren. Sie besuchte Volksschule und Gymnasium in Wien Simmering. Ab 2002 Studium der Germanistik an der Universität Wien, das sie 2009 abschloss. Sie hat als einziges Kind der Familie einen Hochschulabschluss. Seit 2008 ist sie Gründungsmitglied und politische Leitern des Kongresses Momentum in Hallstatt.

Kenan Güngör wurde 1969 in Dersim/Tunceli, Türkei, geboren. 1981 – 2000 Aufenthalt in Deutschland. Mehrmals von Schulen geflogen, dann Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Wuppertal. Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentrum für Türkeistudien, Durchführung zahlreicher Studien zur Integrationsthematik und türkeispezifischer Themen. Von 2000 – 2006 Aufenthalt in der Schweiz. 2007 Übersiedlung nach Wien. Leiter des Büros think.difference. Leitung des Wiener Magistrats 17 für den Bereich „Diversität und Strategieentwicklung“.

¹ blog.arbeit-wirtschaft.at

Ergebnisse der beiden Foren:

- Eine Vielzahl an Maßnahmen, die großteils seit langer Zeit bekannt sind, sind nötig. Dazu gehören Ausbau der social skills, gut ausgebildetes Fachpersonal, mehr Durchlässigkeit bei den Übergängen, Frühförderung, etc.
- Schaffung einer Schulorganisation, die kein Kind zurück lässt und Basiskompetenzen für Bildung vermittelt
- Umgang mit der wachsenden Heterogenität
- Welche Konsequenzen hat die Heterogenität für Schulstruktur und Fächerkanon
- Kommt es zu einer Entfremdung zwischen Lehrer- und Schülerschaft?
- Verstärkt Elternarbeit die Ungleichheit im Bildungssystem?

An der **Podiumsdiskussion** nehmen Kurt Nekula, Christian Friesl von der Industriellenvereinigung, Gabriele Schmid von der Arbeiterkammer und Sybille Hamann von der Initiative „jedes Kind“ teil.

Nekula spricht sich dafür aus, das Leben mehr in die Schule zu holen. Bei der politischen Debatte zur gemeinsamen Schule gebe es eine Pattstellung. Neue Perspektiven könnten sich durch eine Umstrukturierung zwischen Bund und Ländern ergeben. Die Neue Mittelschule funktioniere dort gut, wo echte Differenzierung stattfinde.

Friesl beklagt einen Stillstand in der Bildungspolitik. Derzeit gebe es keine Mehrheit für eine Gesamtschule. Er spricht sich für eine nach innen differenzierte Gemeinsame Schule aus, weiters für eine Aufwertung der Elementarbildung. Die Politik des Bundes solle nur den Rahmen vorgeben, die Schulen Autonomie erhalten und 25% des Lehrplans selbst gestalten können.

Hamann sieht das Schulsystem von Angst besetzt. Eltern hätten bereits Sorge den richtigen Kindergarten zu finden, AHS Lehrer/innen hätten Angst vor den „Kindern da draußen“, Kinder hätten Angst aussortiert zu werden. Autonomie im Unterricht sieht sie als Ausweg.

Schmid meint, Bildung sei eine Art Heilsversprechen geworden, alle stünden im Konkurrenzkampf um die beste Bildung. Schule müsse die Schüler/innen befähigen das Leben meistern zu können. Eine solidarische Gesellschaft müsse sich um alle kümmern, Eliten dürften ihre Kinder nicht abschotten. Die verschränkte Ganztagschule (GTS) sieht sie als eine Lösung.

Hamann bemerkt dazu, dass derzeit die bildungsnahe Schicht ihre Kinder in die kostenpflichtige GTS schicke.

Friesl verweist darauf, dass Bildungsdiskussion auch Zuwanderungsdiskussion sei und die bildungsnahen Eltern die Heterogenität scheuen.

Ein **ehemaliger Lehrer** aus einer Alternativschule warnt vor dem steigenden Analphabetismus in der Bevölkerung. Wenn die Schule das nicht in den Griff bekomme, könne sie sich selbst abschaffen.

Ein **Vertreter** einer Bildungsplattform meint, dass man endlich mit Reformen beginnen müsse, denn Erfolge werde man erst in 20 Jahren feststellen können. Andere Länder seien uns weit voraus. Er befürchtet einen digitalen Analphabetismus.

Lassnigg meint, man müsse zunächst einmal definieren, was Gerechtigkeit überhaupt bedeute, sonst funktioniere die Diskussion nicht.

Hamann spricht sich für Bildungspflicht statt Schulpflicht aus, das wird von **Schmid** unterstützt. Sie fordert mehr Geld für Schulen in einem sozial schwierigen Umfeld. Der **Lehrer** der Alternativschule sieht das problematisch, schwierige Kinder würden vermehrt in diese Schule geschickt werden. Wer mit zehn nicht lesen könne, könne es mit 14 auch nicht.

Für **Nekula** führt Homogenität zu sozialer Selektion. Heterogenität werde zwar gepredigt, die gesellschaftliche Wirklichkeit sehe aber anders aus. Ein Bildungssystem das der gesellschaftlichen Wirklichkeit entgegenstehe, sei schwierig umzusetzen.

Schmid betont die Bedeutung der Lehrkräfte. Auch bei einer gemeinsamen Schule werde es Unterschiede zwischen einzelnen Standorten geben.

Erwin Niederwieser, ehemaliger Bildungssprecher der SPÖ, ist skeptisch wenn Bundesländer mehr Macht im Bildungswesen bekämen. Die Zweidrittelmehrheit bei Schulgesetzen sollte abge-

schaft werden. Der Einfluss der digitalen Welt auf den Bildungssektor sollte nicht unterschätzt werden.

Friesl befürwortet die sozialindexbasierte Mittelverteilung. Schule sollte nicht über Lehrergehälter finanziert werden, sondern das Geld pro Schulkind erhalten. Schulen sollten für die Lernergebnisse ihrer Schüler/innen verantwortlich sein. Lehrer/innen sollten von den Schulträgern finanziert werden.

Dobart meint, dass Ungerechtigkeiten bei uns recht gut kompensiert werden. Man müsse überlegen, wie Potentiale besser gefördert werden können. Um die Bedrohungsängste der Mittelschicht zu überwinden, sollte ein öffentlicher Diskurs stattfinden.

Ein **Vater** von drei Kindern berichtet von negativen Erfahrungen mit einer Privatschule und lobt die öffentliche Schule. Es komme viel auf die Lehrer/innen an.

Eine **Teilnehmerin** spricht sich dafür aus, dass nicht die Eltern, sondern die Schule die Verantwortung für die Lernergebnisse übernehmen müsste.

Eine **Schulleiterin** einer NMS antwortet, dass die Schule diese Verantwortung übernehme. Sie wünscht sich mehr Autonomie, denn am Standort wisse man am besten, was gebraucht werde und wie man fördern könne. Sie möchte ohne bürokratischen Aufwand fremde Personen an die Schule zur Unterrichtsergänzung holen können.

Schmid und **Friesl** diskutieren über das Finanzierungsmodell der IV. Eine Privatisierung des Schulwesens lehnt **Schmid** ab. In Schweden hätten die sozial Schwachen durch die pro Schulkind Finanzierung verloren. Für **Friesl** bedeutet die Normkostenfinanzierung keine Privatisierung. **Hamann** spricht sich für starke Individualisierung und verstärkte Autonomie aus. Wenn jedes Kind optimale Förderung erhalte, könne man die Ängste der Eliteeltern überwinden und alle ins Boot holen.

Nekula befürwortet mehr Flexibilität an den Standorten ist aber gegenüber zu viel Autonomie skeptisch. Man müsse mehr Evidenz ins System bringen, Standorte müssten wissen, wo sie stehen. Lehrer/innen müssten befähigt werden, die Stärken und Schwächen der Schüler/innen besser zu erkennen. Lehrer/innen aller Fächer seien für die sprachliche Bildung zuständig. Es müsse gelingen, dass alle Schüler/innen in der Schule lesen, rechnen und schreiben lernen.

Maria Smahel und Christine Krawarik